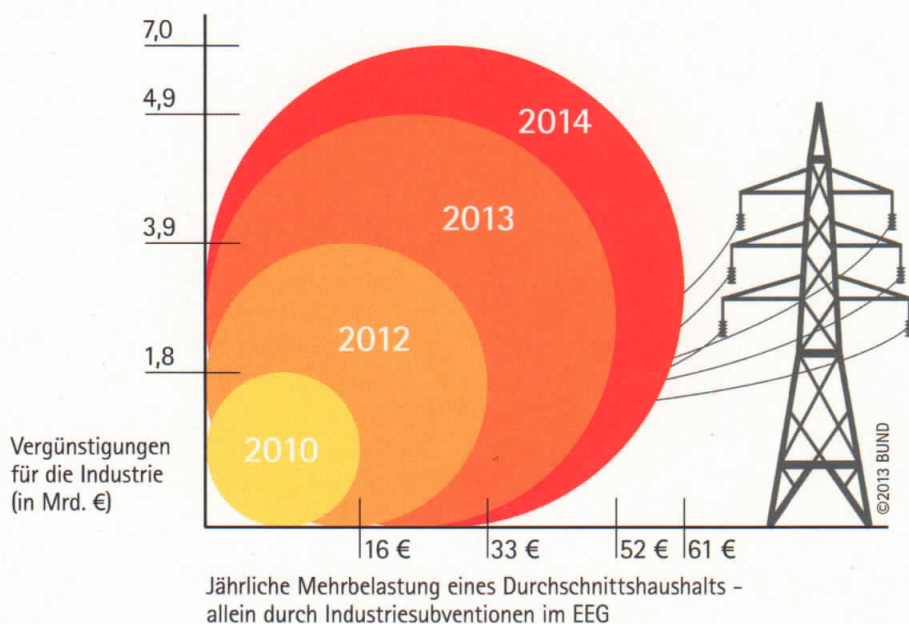


Kurz und knapp Strompreistreiber Bundesregierung

**Ausbau der Erneuerbaren: Mehr Vergünstigungen für die Industrie,
mehr Belastungen für die Haushalte**



Nicht die Erneuerbaren treiben die Strompreise, sondern Industriesubventionen.

Die Kosten für die Energiewende werden immer ungerechter verteilt, zu Lasten der privaten Haushalte. Dafür verantwortlich sind politische Entscheidungen der Bundesregierung: Die energieintensive Wirtschaft zahlt immer weniger, die kleinen VerbraucherInnen dafür umso mehr. Der BUND will, dass die Energiewende solidarisch finanziert wird. Deshalb müssen ungerechtfertigte Industrie-Privilegien gestrichen werden.

Quelle: IZES für BUND, FÖS (Zahlen 2010)

1. Ungerecht: Industriesubventionen

Die großen Industrieunternehmen wurden im Namen der Wettbewerbsfähigkeit nach und nach immer weiter von Energiekosten befreit. Diese Subventionen belaufen sich inzwischen auf 16,2 Mrd. Euro pro Jahr.¹ Einige der Begünstigungen schlagen direkt auf die Stromrechnung der Otto-Normal-Kunden durch. Deshalb zieht die Bundesregierung die Strompreisschraube immer weiter an, wenn sich Unternehmen immer weniger an der gerechten Finanzierung der Energiewende beteiligen müssen.

2. Die Verbraucher müssen zahlen

Die Industriesubventionen führen 2013 zu einer zusätzlichen Belastung von rund zwei Cent pro Kilowattstunde für einen Durchschnittshaushalt. Das sind 69 Euro im Jahr. Der BUND schätzt, dass sich die Belastung im nächsten Jahr noch einmal um etwa 10 Euro erhöhen wird.²

3. Die Verantwortung von Schwarz-Gelb

Unter der schwarz-gelben Bundesregierung wurden die Ausnahmen für Unternehmen 2012 stark ausgeweitet. Die Regierung hat so mit ihren politischen Entscheidungen Strom für kleine Verbraucher um einen Cent pro Kilowattstunde verteuert. Die EEG-Umlage müssen jetzt noch mehr Unternehmen nicht oder nicht voll bezahlen: Deren Zahl schnellte von 734 auf 1691. Für 2014 stellten 2367 einen Antrag auf Befreiung von der Umlage. Auch bei den Netzentgelten wurden die Begünstigungen für Unternehmen nochmals stark ausgeweitet – die entsprechende Umlage hat sich für Otto-Normal Kunden dadurch mehr als verdoppelt.³ Schwarz-Gelb hat außerdem die Offshore-Haftungsumlage eingeführt. Damit tragen nun, anstelle der verantwortlichen privaten Netzbetreiber, die StromverbraucherInnen die Kosten für den verzögerten Netzanschluss von Offshore-Windparks. Auch bei dieser neuen, ohnehin ungerechten Umlage, zahlt die stromintensive Wirtschaft nicht ihren fairen Anteil.

¹ Arepo Consult(2013): Befreiungen der energieintensiven Industrie von Energieabgaben.

² Berechnungen IZES für den BUND (08/2013).

³ Hier haben Gerichte und EU-Kommission Einhalt geboten, so dass 2014 wieder eine etwas beschränktere Regelung greift.